



Wie die Privatwirtschaft für den Klimaschutz mobilisiert werden kann

Neue Ansätze des Bundesentwicklungsministeriums für Klimaschutz-Allianzen mit dem Privatsektor

HINTERGRUND

Der Klimawandel ist Realität, überall auf der Welt. Durch den Klimawandel treten Überflutungen, extreme Hitze, Stürme oder Dürren häufiger und intensiver auf.

Eine Expertengruppe um den britischen Ökonomen Nick Stern schätzt, dass der Bedarf an Investitionen für Energiewende, Klimaanpassung, den Umgang mit Klimaschäden, den Schutz und die Wiederherstellung der Natur in Entwicklungs- und Schwellenländern viermal so groß ist wie das, was derzeit an Mitteln zur Verfügung steht.

Damit ist klar: Nicht nur angesichts der weltweit stark angespannten Staatshaushalte können öffentliche Gelder allein diese Mammutaufgabe nicht stemmen. Es bedarf vielmehr neuer Ansätze im internationalen Klimaschutz, die nicht nur Zahlungen von Nord nach Süd, sondern Investitionen insgesamt in den Blick nehmen. Ein wichtiger – und bislang noch nicht hinreichend eingebundener – Sektor ist die Privatwirtschaft.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR PRIVATE INVESTITIONEN SCHAFFEN

Die wichtigste Voraussetzung für private Investitionen sind gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Im kommenden Jahr sind alle Staaten aufgerufen, neue Klimaschutzpläne, die sogenannten NDCs („National Determined Contributions“), zu erstellen. In den NDCs legen die Staaten fest, auf welchem Weg sie ihren Anteil am gemeinsamen Klimaziel er-

reichen wollen, beispielsweise durch mehr erneuerbare Energien oder durch eine klimaverträgliche Verkehrspolitik. Das zeigt für die Unternehmen und Investoren auf, wo sie investieren und was sie gewinnbringend produzieren können.

Viele Entwicklungsländer fragen nach Unterstützung bei der Ausgestaltung ihrer NDCs. Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) unterstützt sie auf vielfältige Art und Weise dabei, auch über multilaterale Kanäle: So hat das UN-Entwicklungsprogramm UNDP das Programm „Climate Promise“ aufgesetzt. Die Bundesregierung wird die Zusammenarbeit mit UNDP verstärken und so zu konkreteren und kohärenteren NDCs beitragen, die zu mehr privaten Investitionen führen.

HAMBURG SUSTAINABILITY CONFERENCE: INNOVATIVE ALLIANZEN MIT DEM PRIVATSEKTOR

Neue Akteure – auch aus dem Privatsektor – mit ins Boot holen, Partner für neue Allianzen zusammenbringen – und so gemeinsam schneller vorankommen bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz: Das war das Leitmotiv der [Hamburg Sustainability Conference](#), die das BMZ zusammen mit UNDP, der Michael Otto Stiftung und der Freien und Hansestadt Hamburg initiiert hat und die erstmals am 7./8. Oktober 2024 stattfand. Teilnehmende aus über 100 Ländern diskutierten in Hamburg nicht nur über zentrale globale Herausforderungen, sondern schlossen auch mehr als [15 konkrete Vereinbarungen](#) zu ihrer Bewältigung.

Rund 60 Regierungen bzw. internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftliche Institutionen sind an den getroffenen Vereinbarungen beteiligt – auch zahlreiche Vertreter*innen aus dem Privatsektor.

BEISPIELE

Private Investitionen in Nachhaltigkeit hebeln

Versicherungen, Pensionsfonds und andere Großanleger verfügen über enorme Summen, die sie investieren wollen. Zugleich gibt es gerade in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas viele klimaschutzrelevante Investitionsmöglichkeiten, die nicht genutzt werden – zum Beispiel bei Windparks, Solaranlagen oder der Produktion von grünem Wasserstoff. Bislang sind diese Investitionen oftmals nur etwas für Pioniere: Obwohl es vielversprechende Investitionsmöglichkeiten gibt, investieren große institutionelle Anleger wie Pensionsfonds oder Versicherungsgesellschaften selten in großem Umfang. Die Umsetzung dauert oftmals lange, da die Vorbereitungen mehrere Jahre in Anspruch nehmen können und Finanzprodukte oft sehr komplex sind. Das schreckt viele ab.

Damit die Welt aber insgesamt nachhaltiger wird, muss aus Pionierinvestitionen eine Investitionschance für viele werden. Die in Hamburg mit der neuen „**Hamburg Sustainability Platform**“ vereinbarte Lösung ist, gemeinsam diesen Pfad zu ebnen: Die öffentlichen Partner – das BMZ, aber auch die Mitstreiter aus Kanada, Großbritannien, Südafrika, Dänemark und Frankreich – wollen sich auf ein standardisiertes Vorgehen einigen, wie sie mit öffentlichem Geld Risiken abfedern können für Investitionen in nachhaltige Entwicklung. Die privaten Partner – Stand heute die Allianz-Versicherung und der kanadische Pensionsfonds CDPQ – machen mit, damit dieser Pfad später auch für sie und viele andere Anleger gangbar wird. Auch die OECD ist als Beratungsgremium mit an Bord. So soll mit begrenzten öffentlichen Mitteln ein Vielfaches an privaten Investitionen in nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz gehebelt werden – und zwar in Milliardenhöhe.

Mobilität der Zukunft

Luft- und Schifffahrt bringen die Welt enger zusammen, sie stehen für Austausch und für Handel, tragen aber auch erheblich zum Klimawandel bei. Allein die globale Schifffahrt stößt mehr Klimagase aus als ganz Deutschland. Technische Lösungen für klimafreundliche Antriebe gibt es: Treibstoffe auf Basis von grünem Wasserstoff, der mit Strom aus Wind und Sonne hergestellt wird.

Um aus diesen theoretischen Lösungen Realität werden zu lassen, braucht es viele Akteure – gerade auch aus dem Privatsektor – an Bord: Die Produzenten von Treibstoffen, Logistikunternehmen, Hafen- bzw. Flughafenbetreiber, Wissenschaft, Finanziere und die richtigen Rahmenbedingungen aus der Politik. Die HSC hat Beteiligte dieser neuen Wertschöpfungsketten für nachhaltige, erneuerbare Kraftstoffe der Schiff- und Luftfahrt zusammengebracht:

Mit der „**Hamburg Declaration on the Decarbonisation of Global Shipping**“ haben sich mehr als ein Dutzend Unternehmen, von der Produktion bis zur Nutzung nachhaltiger Treibstoffe für die Schifffahrt, darauf verständigt, bei der Entwicklung nachhaltiger Schifffahrtskorridore, bei Forschung und Entwicklung, Wissensaustausch und der Finanzierung von Investitionen zusammenzuarbeiten. Vier Staaten – neben Deutschland auch Brasilien, Marokko und Dänemark – unterstützen die Initiative.

Auch die mehr als zehn Unterzeichner der „**Hamburg Declaration on Green Aviation**“ vereinbarten, zur Entwicklung von „Green Aviation Hubs“ in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Wissensaustausch sowie der Finanzierung zusammenzuarbeiten. Zu den Unterzeichnenden gehören unter anderem der Flughafen Hamburg, die Deutsche Post AG und das südafrikanische Unternehmen Sasol, ein Produzent synthetischer Kraftstoffe, der beabsichtigt, seine Produktion von fossilem auf grünes Kerosin umzustellen.

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat K1

Postanschrift der BMZ-Dienststelle
BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535-0

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
T +49 (0)228 99 535-0

Stand November 2024

Webseite www.bmz.de/klima